



Links: Ständerat Stefan Engler: "Auch bei einem Nein zur Initiative werden wir bei künftigen Verträgen genauer hinschauen." – NR Magdalena Martullo-Blocher interveniert: "Halt, es geht darum, wer das letzte Wort hat. Die Verfassung steht über allem!"

Grosser Besucheraufmarsch zur Podiumsdiskussion im Hotel Grünsch

2 Bündner, 2 Meinungen, 1 Selbstbestimmungsinitiative

V. Vor Wochenfrist haben Ständerat Stefan Engler und Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher im Hotel Grünsch die Klinge gekreuzt. Das Thema: Die Selbstbestimmungsinitiative, über die das Schweizer Stimmvolk am 25. November abstimmen wird. Das Publikumsinteresse war überwältigend.

Bereits um 20 Uhr war der Saal des Hotels Grünsch prall gefüllt. Die über 120 Anwesenden erwarteten gespannt die Diskussion der beiden Bundesparlamentarier, die zum ersten Mal über die Selbstbestimmungsinitiative debattierten. Die Initiative sieht vor, dass in Zukunft die Bundesverfassung internationalem Recht vorgehen soll. Die Initiative will, dass internationale Verträge, die im Widerspruch zur Verfassung stehen, angepasst oder nötigenfalls gekündigt werden können. Ein Anliegen, das nicht unbestritten ist, wie der Verlauf dieser Podiumsdiskussion zeigte. «Die Gegner investieren Millionen von Franken zur Bekämpfung der Selbstbestimmungsinitiative. Die Medien berichten dauernd darüber. Es geht um viel, und wir sind gespannt zu erfahren, weshalb wir wie abstimmen sollen», meinte Moderator und Leiter von TV Südostschweiz, Daniel Sager, zur Eröffnung des Podiums.

Beide Kandidaten traten engagiert und sachlich auf. Martullo-Blocher, Befürworterin der Selbstbestimmungsinitiative, betonte vor allem die Verdienste der direkten Demokratie für den Erfolg des Wirtschaftsstandorts Schweiz und wie wichtig es sei, dass Initiativen von Bürgerinnen und Bürgern auch umgesetzt würden. Die zunehmende Verselbständigung und die galoppierende Übernahme von internationalen Regulierungen, sieht auch Engler zunehmend als Problem. «Wir dürfen internationales Recht nicht einfach unkritisch übernehmen. Es ist Aufgabe der Politik, eine Lösung für die Balance von Volksentscheiden und internationalem Recht zu finden.» Weil die Initiative in der Umsetzung zu viele Fragen offen lässt, habe er in Bern auch einen Gegenvorschlag gefordert. «Initiativtexte sind oftmals ungenau. Wir müssen bei den Formulierungen ansetzen und Klarheit darüber schaffen, was genau erreicht werden soll, beispielsweise konkret die Kündigung eines Staatsvertrages verlangen», sagte Engler. Zudem gefährde die aktuelle Initiative auch wichtige Wirtschaftsabkommen und schaffe Rechtsunsicherheit, wenn die Option des Vertragsbruchs und der Kündigung auch von bestehenden Verträgen explizit in die Verfassung geschrieben wird. Dieses Argument liess Unternehmerin Martullo so nicht gelten: «Es gibt aktuell keinen einzigen internationalen Vertrag, der bei Annahme gekündigt werden müsste. Sollte das Volk einmal etwas ändern wollen, sieht die Initiative bewusst vor, dass Verträge zuerst verhandelt und nur, wenn das nicht gelingt, gekündigt werden. Die Welt ändert sich. Wir schliessen internationale Verträge doch nicht für immer ab.» Verträge könne



Die unkomplizierte Art von Martullo-Blocher macht sie beliebt.

man überall anpassen, auch den Mietvertrag, den Arbeitsvertrag oder sogar die Ehe. Wir müssen die Möglichkeit haben, in Zukunft auch anders zu entscheiden», erläuterte Martullo. Und sie erhielt Applaus auf offener Szene.

Wie das Stimmvolk entscheiden wird, wird sich am 25. November zeigen. In Grünsch wäre die Initiative von den Anwesenden aber wohl angenommen worden. Dieses Votum eines Anwesenden verdeutlicht die Stimmung: «Ich stimme am 25. Ja, damit die Salami-Taktik in Bern endlich aufhört.» Und ein anderer Votant forderte «mehr bodenständige Männer in der Politik». Worauf Magdalena Martullo-Blocher schlagfertig ergänzte: «Aber auch bodenständige Frauen!»